ÖGfE-Schmidt: Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft steigt, ebenso Wunsch nach selbstbewusster Union

4.10.2026 - Paul Schmidt | Bundesministerium für Inneres

68 Prozent: Österreich soll EU-Mitglied bleiben – 25 Prozent für Austritt | 60 Prozent gegen schnelle Erweiterung – 28 Prozent dafür – Umfrage .

Wien (OTS) - *„Steigende Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft, konstante Skepsis gegenüber einer Erweiterung der EU und der Wunsch nach mehr Selbstbewusstsein gegenüber den USA charakterisieren das aktuelle heimische Stimmungsbild zur Europäischen Union. Russische Destabilisierungsversuche werden zunehmend mit Sorge betrachtet“*, kommentiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE), das Ergebnis einer neuen ÖGfE-Umfrage.

Download Grafiken

In der ÖGfE-Herbstumfrage sprechen sich 68 Prozent der Befragten dafür aus, dass Österreich **Mitglied der EU** bleiben sollte. 25 Prozent plädieren für den Austritt aus der Union, 6 Prozent sind sich in ihrem Urteil unsicher oder geben keine Antwort. Damit setzt sich eine Phase steigender Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft fort – seit April 2025 hat sich die Befürwortung um 9 Prozentpunkte erhöht, während die Ablehnung um 5 Prozentpunkte zurückgegangen ist. Im langfristigen Trend – 76 Umfragen seit 1995 – liegt die Zahl der Mitgliedschaftsbefürworter:innen bei durchschnittlich 70 Prozent; die Zahl jener, die einen EU-Ausstieg präferieren, bei 22 Prozent.

„Steht die Welt kopf, gewinnt die Mitgliedschaft in der Europäischen Union an Wert. Trotz aller Schelte und Kritik: Stabilität, Rechtssicherheit und Berechenbarkeit sind Vorzüge, die global nicht selbstverständlich sind, und daher von den Menschen vermehrt geschätzt werden“, sagt Schmidt. *„Die Annäherung Kanadas und des Vereinigten Königreichs an die EU, sowie intensivierte Handelspartnerschaften machen zudem deutlich, dass die Union weltweit an Bedeutung gewinnt.“*

38 Prozent wünschen sich, dass das **Ausmaß der Zusammenarbeit** innerhalb der Europäischen Union vertieft wird. 21 Prozent sagen, dass es jetzt gerade richtig ist. Ein Drittel der Befragten plädiert für weniger Kooperation auf EU-Ebene – ein Anstieg von 6 Prozentpunkten gegenüber der letzten Befragung von April 2025.

„Die Zahl jener, die sich gegen eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf EU-Ebene aussprechen, ist im vergangenen Jahr gestiegen – nicht zuletzt aufgrund der innenpolitischen Debatte, in der einem Rückbau der Integration häufig das Wort geredet wird. Andererseits hält eine Mehrheit das aktuelle Ausmaß der europäischen Kooperation für gerade richtig oder möchte diese weiter ausbauen.“

Eine baldige **Erweiterung der EU** um neue Mitgliedsländer trifft in Österreich auf konstante Ablehnung. Wie schon im März sprechen sich rund sechs von zehn Befragten dagegen aus, dass in den kommenden fünf Jahren neue Länder zur Union stoßen. Knapp drei von zehn (28 Prozent) wären damit einverstanden.

„Die vorliegenden Umfragedaten bestätigen die erweiterungsskeptische Haltung der österreichischen Bevölkerung. Die Aufnahme neuer Mitglieder wird nicht als Priorität betrachtet.

Trotzdem: Die Erweiterung der EU ist am Horizont. Daher wären mehr Information und auch Dialog über die möglichen Konsequenzen eines solchen Schrittes das Gebot der Stunde.“

Was das **Verhältnis der Europäischen Union zu den Vereinigten Staaten** betrifft, so treten fast 8 von 10 Befragten (79 Prozent) dafür ein, dass die EU bei strittigen Fragen stärker auf ihrem eigenen Standpunkt beharren sollte. 11 Prozent sagen hingegen, dass die EU den USA in diesen Fällen entgegenkommen sollte.

„Das aktuelle US-amerikanische Verständnis einer transatlantischen Partnerschaft widerspricht dem europäischen diametral. Daher fordern die Menschen - auch in Österreich - , dass die Europäische Union vehementer ihre Positionen vertritt und sich nicht von Washington unter Druck setzen lässt. Umso wichtiger ist es vor diesem Hintergrund, dass die Union ihr Netz an globalen Partnerschaften erweitert, um unabhängiger und resilienter zu werden.“

Knapp sechs von zehn Befragten (58 Prozent) zeigen sich überzeugt, dass **Russland** „**gezielt versucht, die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer** – etwa durch Desinformationen, Cyberangriffe, Sabotage oder Einflussnahme auf politische Prozesse bzw. Wahlen – **zu destabilisieren**. 34 Prozent nehmen das „auf jeden Fall“ an, 24 Prozent „eher doch“. Etwa ein Fünftel (19 Prozent) geht hingegen „eher weniger“ (8 Prozent) bzw. „sicher nicht“ (11 Prozent) davon aus. 15 Prozent nehmen in dieser Frage eine Mittelposition ein und antworten „teils, teils“.

„Den Menschen hierzulande ist klar, dass russische Einflussnahme und Desinformation auch vor unserem Land nicht Halt machen. Ein Signal und Auftrag, diese Gefahr noch ernster zu nehmen und verstärkt in Cybersicherheit, den Schutz kritischer Infrastruktur sowie Demokratie- und Medienbildung zu investieren – auf nationaler wie europäischer Ebene.“

„Nicht zuletzt zeigen unsere Umfragedaten auch eine zunehmende innenpolitische Polarisierung in europäischen Fragen“, betont Schmidt abschließend. *„So sind deklarierte Sympathisanten der FPÖ als einzige mehrheitlich – zu 56 Prozent – und praktisch konstant für einen EU-Austritt unseres Landes, während dies für Anhänger anderer Parteien überhaupt kein Thema ist. Neun von zehn FPÖ-Sympathisanten sind gegen eine baldige EU-Erweiterung, drei Viertel gegen eine stärkere Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Nahezu die Hälfte zweifelt daran, dass Russland darauf aus ist, die EU zu destabilisieren, während die Anhänger anderer Parteien kaum dieser Meinung sind. Einigkeit gibt es einzig in einem Punkt: Über alle Parteigrenzen hinweg möchte man den USA in Zukunft stärker Paroli bieten.“*

Hintergrund:
Die aktuelle Umfrage wurde von market von 21. bis 24. September 2026 im Auftrag der ÖGfE durchgeführt. Befragt wurden österreichweit 1000 Personen online, österreichische Bevölkerung, 16 bis 80 Jahre, repräsentativ für Alter, Geschlecht, Region und Bildung. Maximale statistische Schwankungsbreite +/- 3,16 Prozent. Differenz auf 100 Prozent aufgrund gerundeter Werte. Fehlende Werte auf 100 Prozent = „weiß nicht / keine Angabe“.

Rückfragen & Kontakt

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Mag. Paul Schmidt
Telefon: (+43-1) 533 49 99
E-Mail: paul.schmidt@oegfe.at

Website: https://www.oegfe.at

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20261004_OTS0004/oegfe-schmidt-zustimmung-zur-eu-mitgliedschaft-steigt-ebenso-wunsch-nach-selbstbewusster-union